

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/22

31. Januar 1975

Von Argumenten keine Spur

SPD-Programmentwurf stürzt CDU-Führung in Verwirrung

Von Prof. Dr. Peter von Oertzen

Vorsitzender der Kommission Orientierungsrahmen 1985 und
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Sentimentalität statt Politik

Ein hilfloser Auftritt des Oppositionschefs in der
Deutschlanddebatte

Von Dr. Manfred Gäßner MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

Chance für eine wirtschaftliche Partnerschaft?

Gedanken einer Frau zum "Internationalen Jahr der Frau"

Von Angela Grötzmann MdB

Seite 5 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 28
Telex: 09 80 846 - 49 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Von Argumenten keine Spur

SPD-Programmentwurf stürzt CDU-Führung in Verwirrung

Von Prof. Dr. Peter von Oertzen

Vorsitzender der Kommission Orientierungsrahmen 1985 und
Mitglied des Vorstandes der SPD

Der Entwurf für einen "Orientierungsrahmen 1985" der sozialdemokratischen Politik hat offenbar in der CDU-Führung nachhaltige Verwirrung angerichtet. In den drei Wochen, seitdem der vollständige Text bekannt geworden ist, hat die CDU noch keine einheitliche Sprachregelung zustandegebracht. Der intelligenteste Mann der CDU, Herr Biedenkopf, schweigt - bis auf einige kurze Bemerkungen - vorsichtshalber erst einmal. Er weiß, daß man sich mit voreiligen Urteilen nur blamieren kann. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl weiß das offenbar nicht und hat in zwei beinahe inhaltsgleichen Artikeln im Deutschland-Union-Dienst und in der "Kölnischen Rundschau" seine Verwirrung öffentlich bekanntgemacht. Da ihm überzeugende Argumente gegenüber dem Entwurf offenbar fehlen, greift er zu dem einfachsten Mittel der Polemik, der schlichten Verdrehung: Er kritisiert Aussagen, die gar nicht im Orientierungsrahmen stehen oder bemängelt das Fehlen von Aussagen, die in Wirklichkeit im Text lang und ausführlich enthalten sind.

Nicht so recht ernst nehmen kann man freilich das "Bedauern" des CDU-Vorsitzenden, daß die Bürger leider immer noch nicht wüßten, wohin die Reise nach den Vorstellungen der SPD gehen solle. Nun ist der vorliegende Entwurf sicherlich nicht vollkommen; er kann und wird verbessert werden. Aber aus dem Munde eines Politikers, dessen Partei zu jedem wichtigen Problem der deutschen Politik mindestens zwei unvereinbare Auffassungen gleichzeitig vertritt, und die weder über ein kurzfristiges, noch über ein langfristiges Programm verfügt, sind solche Feststellungen ausgesprochen erheiternd.

Ärgerlicher sind dann allerdings die direkten und - wie man leider annehmen muß, da der CDU-Vorsitzende des Lesens und Schreibens wohl kundig ist - vorsätzlichen Verfälschungen, von denen hier nur einige der größten

herausgegriffen werden können:

- Die Rolle des Staates als Gestaltungsfaktors der Politik werde nahezu völlig ausgeklammert. In Wirklichkeit enthält der Text einen langen, ausführlichen und positiv würdigenden Abschnitt über "die Rolle des Staates" (Textziffer 2.4).

- Die internationalen, insbesondere die europäischen Bedingungen der Politik der Bundesregierung blieben unberücksichtigt. In Wirklichkeit beschäftigt sich ein langes, gründliches Kapitel des Textes nur mit diesem Problem (2.1).

- Die SPD wolle alle Bürger "über einen Kamm scheren" und die Freiheit der Gleichheit unterordnen. In Wirklichkeit hebt der Entwurf die Gleichrangigkeit von Freiheit und Gleichheit hervor (1.2) und betont die "freie Selbstbestimmung" der Menschen als die Grundidee des demokratischen Sozialismus (1.5).

- Geradezu grotesk ist die Behauptung, der Entwurf halte alle sozialen Verhältnisse für rein verstandesmäßig und irrtumsfrei machbar, während in Wirklichkeit der Text "Irrtum und Schuld" für unaufhebbar erklärt und klipp und klar sagt: "Der demokratische Sozialismus verspricht... weder ein Paradies auf Erden und die Lösung aller menschlichen Probleme, noch ist er der fertige Plan einer neuen Gesellschaftsordnung" (1.8).

- Fast erheiternd ist dann wieder der mühsame Versuch, in das klare Bekenntnis zur Marktwirtschaft und die nüchternen Aussagen über die erforderliche Lenkung finstere Verstaatlichungspläne hineinzuzinterpretieren. Dabei tritt Herr Kohl, sicherlich ohne es zu wollen oder auch nur zu bemerken, seinem eigenen Generalsekretär Biedenkopf in die Kniekehlen. Dieser nämlich, was Helmut Kohl eigentlich wissen könnte, beruft sich seit geraumer Zeit wieder auf das lange vergessene Ahlener Programm der CDU von 1947. Und dieses bezeichnet unter anderem die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum als ein mögliches Mittel gesellschaftsverpflichteter Politik unter anderen. Nicht mehr und nicht weniger steht im Orientierungsrahmen-Entwurf.

Damit genug. Es kann nicht gut um die CDU stehen, wenn ihrem Vorsitzenden (oder dem, der ihm die Artikel schreibt) zu dem Programmwurf der SPD nicht mehr einfällt, als eine Kette so leicht zu widerlegender "Irrtümer".

(-/31.1.1975/ka/pr)

Sentimentalität statt Politik

Ein hilfloser Auftritt des Oppositionschefs in der Deutschlanddebatte

Von Dr. Manfred Geßner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Wer geglaubt haben sollte, daß die Opposition zu einem Thema etwas zu sagen hätte, von dem sie für die Zwecke des innenpolitischen Machtkampfes in der Öffentlichkeit so übermäßig demagogischen Gebrauch macht, kann nur noch verzweifeln. Was in dieser Deutschlanddebatte des Bundestages aus dem Munde des Oppositionsführers zu hören war, stellt sich als eine Mischung aus verfälschter Geschichtsdarstellung, dumpfer Sentimentalität und politischer Alternativ- und Hilflosigkeit dar.

Die "Süddeutsche Zeitung" hatte am 22. Januar 1975 in der Außenpolitik der CDU eine fundamentale Konzeptionslosigkeit zu erkennen geglaubt: "Sei es die Deutschland-, die Ost- oder die Westpolitik, das Dilemma der Opposition ist, daß sie Außenpolitik seit Jahren schon nicht mehr inhaltlich, sondern nur noch rein formal diskutiert. Sie erregt sich über Alleingänge wie den Kleps nach Ost-Berlin oder Schröders zu Arafat, verklärt den Empfang des CSU-Vorsitzenden Strauß durch Mao, und sinkt dann wieder in Schweigen zurück. Wenn Verhaltensregeln für politisch riskante Unternehmen nötig sind, beweist dies nur, daß die Union die veränderten außenpolitischen Realitäten teils nicht zur Kenntnis genommen, teils nicht verarbeitet hat oder sich scheut, sich zu ihnen zu bekennen. Doch sind gerade diese wahllosen Reisen in alle Himmelsrichtungen Symptome einer Konzeptionslosigkeit auf außenpolitischem Gebiet."

Das Dilemma der CDU ist vermutlich etwas noch viel Schlimmeres als Mangel an Konzeption. In der Deutschlandpolitik ist jetzt jedenfalls vom Oppositionsführer ein dumpfer Rückgriff auf eine angeblich beide deutschen Staaten und alle deutschen Stämme umfassende Vaterlandsliebe propagiert worden. Dies ist in einer Periode, in der es politisch um eine sachliche Auseinandersetzung mit der DDR geht, um das einzulösen, was im Grundlagenvertrag bei allen Meinungsverschiedenheiten mit der DDR in einer Reihe von Fragen realitätsbewußt angefaßt werden konnte, ein gefährliches Abgleiten in eine gefühlbetonte Deuschtümlei. Viel schlimmer als Konzeptionslosigkeit ist der Rückfall in den Irrationalismus. Selbst wenn man davon ausgeht, daß - wie die "Süddeutsche Zeitung" richtig bemerkt - die Unionsparteien viel zu gespalten sind, "als daß sie zu einer einheitlichen Haltung finden könnten", bleibt die Frage, warum der Oppositionsführer auf die Krücke der Sentimentalität zurückgegriffen hat, um seine Fraktion durch diese Debatte zu steuern. Die Antwort liegt wohl nicht nur in der außenpolitischen

Desorientierung der Union. Der Oppositionsführer hätte sich dann auf die üblichen Formeln der Union beschränken können.

Der Schlüssel zur Antwort liegt offensichtlich eher in der Person des Oppositionsführers, der zwar nie aus seiner national-konservativen Grundhaltung einen Hehl machte, sich aber jetzt als das erwiesen hat, worüber seine Funktion bisher hinwegtäuschte: Als ein im Kern unpolitischer Fraktionschef. Gewiß, die CDU/SU-Fraktion bedurfte in einer bestimmten Phase eines Politikers, der aufgrund persönlicher Integrität Wogen glätten und sich bekämpfende Flügel in der Union beschäftigen konnte. Aber innen- wie außenpolitisch beginnt sich heute das politische Defizit in der Fraktionsführung zu rächen. Verwirrt sein müssen nicht nur die Fraktion der CDU/CSU, die Bundesregierung und die als tragende Koalition, sondern auch die Öffentlichkeit und erst recht die Mecklenburger, Brandenburger, Thüringer, Sachsen, Schlesier, Pommern und Ostpreußen, die - gleich ob hier oder in der DDR wohnend -, von Prof. Carstens zur Liebe zu unserem Vaterland aufgefordert wurden. Wenn Deutschlandpolitik darin bestehen soll, den von der Teilung Betroffenen zu sagen, ihr müßt glauben, hoffen und das Vaterland lieben, dann offenbart sich darin eine politische Hilflosigkeit in einem bisher auch in der Union unbekanntem Ausmaß.

Der zweite Aspekt unpolitischer Betrachtungsweise der Deutschlandpolitik war die hoffnungslose Verteidigung der alten Unions-These, daß die Westmächte bis zuletzt angeblich die deutschlandpolitische Konzeption der CDU gestützt hätten. Diese These vertreten selbst in der Unions-Partei nur noch wenige. Wer sich einmal die Mühe macht, die Memoiren und privaten Äußerungen jener westlichen Politiker zu lesen, auf deren Unterstützung Carstens sich beruft, der wird feststellen, daß spätestens Anfang der 60er Jahre von ihnen nur noch Lippenbekenntnisse herauszuholen waren, ganz zu schweigen von der Haltung der Sowjetunion, die doch ein gewichtiges Wort in der angestrebten Wiedervereinigung mitzureden gehabt hätte.

Es ist ein deprimierender Vorgang, Deutschlandpolitik im Jahre 1975 unter dieser Fragestellung zu diskutieren. Selbst Historiker und Politologen pflegen da in ihren Arbeiten mehr Nähe zur Politik aufzubringen. Die DDR wird heute von mehr als 100 Staaten in der Welt anerkannt. Sie ist Mitglied der UNO und Verhandlungspartner bei wichtigen internationalen Konferenzen. Wer in so erschreckendem Maße der Realität entflieht, wird auch mit dem Appell an die Vaterlandsliebe keine Basis finden können, um eine alternative Deutschlandpolitik aufzubauen. Zu den Verträgen gibt es keine Alternative. Der Rückgriff auf die Hanse und die deutschen Stämme von vor 1800 ist kein Ersatz für Politik.
(-/31.1.1975/ka/pr)

+ + +

Chance für eine wirtschaftliche Partnerschaft?

Gedanken einer Frau zum "Internationalen Jahr der Frau"

Von Angela Grötzmann MdB

Nun sind wir also auch parlamentarisch "drin" im "Internationalen Jahr der Frau". Ist dieses Jahr ein "Kuckucksei", das uns Frauen da weltweit und unbefragt ins Haus gebracht wurde? Mißtrauen ist angebracht; generell und speziell. Um es konkret zu sagen: Bei der UNO, ihren Beschlüssen und dem Thema.

35 Frauen im Bonner Parlament sehen dennoch darin eine Chance. Mehr als nur optisches Zeichen dafür: die Regierungserklärung zum "Internationalen Jahr der Frau" gab die Bundesministerin Dr. Katharina Focke. In der anschließenden Debatte, die Frau Wex für die CDU, Frau Eilers für die SPD und Herr Christ für die FDP bestritten, gabe bei unterschiedlicher Betrachtungsweise doch ein einstimmiges Resümee: Die Chancen nutzen, über die Situation erneut und verstärkt nachdenken und sich des Gebotes einer internationalen Solidarität zu erinnern.

Nach der Bestandsaufnahme und dem Aufzeichnen von Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung stellt sich nun die Frage, was konkret zu tun wäre? Die Ziele sind klar, die Wege aber weiterhin unstritten. Und diejenigen, die als Minderheit die Mehrheit vertreten - 52,2 vH der Gesamtbevölkerung sind weiblichen Geschlechts - also die Frauen in den Parteien, Gewerkschaften, in den alt- und neuetablierten Frauenverbänden und -vereinigungen, sollten nicht länger unschlüssig in die Runde schauen. Trost und Rat von Politikern bis zu Talk-Show-Mastern nützen nichts, wir müssen selber zupacken. Beteuerung, Versprechung und Lehrformeln sollten die Frauen nicht mehr beruhigen; im Gegenteil: es gilt höllisch aufzupassen, denn es lauert bereits der berüchtigte Umkehrerffekt aufs Zuschlagen. Er ist deshalb so gefährlich, weil er erreicht, daß diejenigen, denen im Grunde der ganze Aufwand zugedacht ist und für die das Jahr eronnen wurde, nicht mehr zuhören und oft auf Durchzug schalten.

Das "Jahr der Frau" ein Herrenwitz? Nein! Also nutzen wir dieses Jahr als Chance, indem wir, Reizwörter vermeidend, ohne Murren weitermachen. Jeder in seinem Platz, aber mit intensivem Einsatz. Der Möglichkeiten, Beispiele für unkonventionelles partnerschaftliches Denken und Handeln zu geben, gibt es viele. Es gibt sie in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Schule, am Arbeitsplatz, in den Verbänden, Gewerkschaften, Parteien und im Parlament. Arbeiten wir also konzentriert weiter an einer Gesellschaftspolitik, die, die biologischen Gegebenheiten wohl berücksichtigend, Partnerschaft zum Ziele hat. Dabei sollten wir das Anliegen des "Jahres der Frau" fest im Hinterkopf, aber nicht auf der Zunge haben. Als Parole gilt: "Frauen, klagt nicht, organisiert euch!" (-/31.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller